

Pressemitteilung der Jungen Union Alpen 07.03.2024

## **Pressemitteilung der Jungen Union Alpen zur Legalisierung von Cannabis durch die Bundesregierung**

### **Junge Union Alpen kritisiert die Berliner Ampel-Regierung: Die Legalisierung von Cannabis ist ein verheerendes Signal für den Jugendschutz**

Die Entscheidung des Bundestages, Cannabis unter bestimmten Einschränkungen zu legalisieren, stößt bei der Jungen Union Alpen auf scharfe Kritik. Angesichts der wissenschaftlich erwiesenen negativen Auswirkungen von Cannabis auf die Gesundheit junger Menschen zweifelt die JU stark an der Sinnhaftigkeit des Gesetzes. Auch die Machbarkeit, all die im Gesetz vorgeschriebenen Regulierungen zu kontrollieren, scheint aus Sicht der Jungen Union Alpen genauso unmöglich wie die Einhaltung des Jugendschutzes.

„Allein das Signal, das wir mit der Legalisierung von Cannabis an Kinder und Jugendliche senden, ist verheerend! Wir erlauben eine Droge, die nachweislich bei Menschen unter 25 Jahren zu einer Schädigung des Gehirns führen kann. Wie genau soll der Jugendschutz sichergestellt werden? Studien zeigen, dass sich durch die Freigabe von Cannabis der Konsum insbesondere unter jungen Menschen erhöht. Es ist ein Irrglaube, dass die Behörden einen korrekten und legalen Gebrauch garantieren können!“, betont Noah Elbers, neuer Vorsitzender der Jungen Union Alpen.

Des Weiteren kritisiert die Junge Union die Bürokratie: „Die Ampel-Regierung hat mit ihrem neuen Gesetz ein Bürokratiemonster geschaffen, das mehr Schein als Sein ist. Am Ende ist also auf Bundesebene wieder etwas entschieden worden, das wir vor Ort ausbaden müssen. Die Regelungen sind kompliziert und kleinteilig. Die Einhaltung von Schutzzonen um Schulen, Kitas sowie Spielplätze muss dauerhaft kontrolliert werden, wenn wir es mit dem Jugendschutz ernst meinen. Das kann eine kleine Gemeinde wie Alpen nicht leisten.“ meint der Vorstand der Jungen Union.

Abschließend appelliert die Junge Union an die Bundesregierung, die langfristigen Auswirkungen dieser Entscheidung im Blick zu behalten und die Belange der Kommunen und junger Menschen stärker zu berücksichtigen: „Es ist beschämend, dass die Bundesregierung bei all den Herausforderungen, deren Bewältigung sie in Angriff nehmen müsste, lediglich Einigkeit bei diesem Thema findet. Leider hat sie nicht im Blick, was sie mit der Legalisierung von Cannabis langfristig anrichtet. Und die Kommunen, die das schlechte Gesetz am Ende umsetzen müssen, verliert sie erneut aus dem Blick. Die Ampel denkt, dass alle jungen Menschen für das Kiffen sind. Dem ist bei weitem nicht so.“ ergänzt Elbers abschließend.

Die Junge Union Alpen spricht sich dafür aus, dass das Gesetz schnellstmöglich, jedoch spätestens nach der nächsten Bundestagswahl zurückgenommen wird.